

bewiesen. Ob man aber die Verhaftung der sechs Reichsdeutschen als eine glückliche Auslegung der Freundschaft der Sowjetunion zu Deutschland bezeichnen kann, dürfte zweifelhaft werden. Gerade in den letzten Monaten haben in Deutschland verschiedene Borkommunisten Erkundungen hervorgerufen. Wir erinnern nur an die Erkundungsauszeichnung für Höls, an die Annahme der Pionierwürde der Weddinggruppe

durch den Kriegsminister Voroshilow, an das die deutsche Polizei verleumende Theaterstück in der Kindervorstellung des Kino Kurs. Wir wollen auch jetzt noch glauben, dass die Sowjetunion die freundlichsten Beziehungen, die sie seit Napallos mit Deutschland unterhält, nicht als Voraussetzung für die Sowjetregierung hat jetzt Gelegenheit, ihre Stellung zu Deutschland zu klären.

Graf Bestorps Schlussrede im Reichstag.

(Nachrichten unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 29. März. Im Reichstag ergriff heute der deutsch-nationale Parteiführer Graf Bestorp das Wort zu einer großangeleiteten Rede über die politische Lage, in der er unter anderem ausführte:

Mit Genugtuung können wir feststellen, dass das sogenannte Arbeitsprogramm der letzten fünf Wochen unmittelbar vor seiner Vollendung steht. Es ist in der Weisheit der bisherigen 17 republikanischen Regierungen ein einziger Vorgang, und es ist die Frucht langer und vorsamer Vorarbeiten, das nach formeller Lösing der Koalition die Regierung, und zwar nicht nur als geschäftsüberehrende Ministerium, im Amt geblieben ist und in verhältnismässig kurzer Zeit eine solche Fülle praktischer und für das Land nützlicher Arbeit hat zur Vollendung bringen können. Da diese Ansichten in allen wesentlichen Punkten so gerechtfertigt worden sind, wie wir es unter Berücksichtigung derzeit nicht erreichbarer Bünsche gefordert haben und wie es vereinbart worden ist, schon ich hinzuholen der Einzelheiten auf das verweisen, was schon darüber ausgeführt worden ist. Insbesondere wiederhole ich, dass wir uns zwar bewusst sind, den Kleinrentnern in materielle Hilfe und einige Fortschritte gebracht zu haben, das wir aber an der Forderung eines Verlängerungsabschlusses mit Rechtsanspruch festhalten.

Ich darf erneut feststellen, dass die nunmehr durchgeführten Maßnahmen für die Landwirtschaft nach doppelter Richtung hin von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung sind als eine erste Hilfe, die über die hereinbrechende Katastrophe bis zur nächsten Ernte hinweggeholt soll, darüber hinaus aber als einer und gründender Schritt zu einem systematischen Welt der Hilfe und Solidarität. Ebenso deutlich wie damals mich ich auch heute noch Vollendung des Arbeitsprogrammes aus sprechen, dass wir in alledem nur eine Etappe unseres Programms für eine wirklich durchgreifende Hilfe seien, die dem Leben der Bauernnot an die Wurzel geht. Für eine Wirtschaftspolitik des inneren Marktes, eine Politik der Volksernährung werden wir in dem bevorstehenden Wahlkampf ernst mit aller Energie eintreten. Wir halten es für ein Verdienst um die Landwirtschaft und um das ganze Volk, dass diese Grundlagen noch geschaffen werden könnten. Wir sind aber auch entschlossen, auf dieser Grundlage weiterzuarbeiten.

Die Vollendung des Arbeitsprogramms nach dem Auseinandergreifen der Koalition war eine neue Bestätigung dafür, dass nur eine Verbindung der Mitte mit uns, nicht eine solche mit der Sozialdemokratie leste Regierung verhältnisse mit der Möglichkeit schaffender Arbeit gewährleisten kann. Die sachliche Arbeit, die geleistet wurde, und ihr Erfolg, entsprechen gewiss nicht durchweg allen unseren Erwartungen. Das gilt besonders für den Rückblick auf

die anständige Politik.

der letzten Monate. Diese zeigt eine höchst unerfreuliche Lage. Eine friedliche Verständigung mit Frankreich verfolgen auch wir. Am Kampf gegen wahrheitswidrige Angriffe auf uns muss ich erneut feststellen, dass wir die Politik, die zum Abschluss der Verträge von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt hat, bis zum letzten möglichen Augenblick bekämpft und durch unseren Eintritt in die Koalition keineswegs nachträglich gebilligt haben. Wir müssen leider sehen, dass alle unsere Borausagen nur zu vollständig eingetroffen sind. Das Fiasko, das in Deutschland jetzt einmässt von allen Seiten als solches anerkannt wird, ist die Folge des völkerrechtlichen Tat- und Rechtsbestandes, das gegen unseren Willen geschaffen worden ist und bei unserem Eintritt in die Regierung von uns weder ohne weiteres befehligt noch seiner verhängnisvollen Wirkungen entkleidet werden konnte. Bis heute ist Deutschland der wahren Verständigung mit Frankreich und dem Ziele einer wirklichen Gleichberechtigung nicht nähergekommen.

Wo ist die Räumung des Rheinlandes geblieben, auf die wir einen Rechtsanspruch hatten ohne Gegenleistung und Vorleistung? Wo ist ans der Abrüstung geworden, die Deutschland durchgeführt hat, und die nur die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung sein sollte? Wo ist die volle Gleichberechtigung für Deutschland geblieben, wo der Schutz der Minoritäten, für die so vieles aus dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erhofft wurde? Wo schließlich der Art. 19 des Völkerbundpaktas, d. h. keine brauchbare und

praktische Anwendbarkeit für die friedliche Revision der Friedensverträge? Wo ein durchschlagender Erfolg im Kampf gegen die Schuldgläubiger?

Auf den Verlust des Reichsaufgabenministers im Februar, die eingestrafene Räumungsabstimmung wieder aufzutun, und auf sein Angebot, darüber zu diskutieren, hat Braun in französischen Senat eine glatte Abstimmung erzielt. Diese französische Antwort wie die Rede Poincarés am letzten Sonntag lassen wirklich nicht erkennen, dass der Wille zu einer wahren Verständigung in Frankreich vorhanden sei. Wer glaubt im Ernst daran, dass das nach der Wahl in Frankreich anders sein werde? Die Art, wie die Erörterung der französischen Sicherheit in Genf weitergeführt wird, führt zwangsläufig zu dem Schluss, dass im Gegenteil auch nach der Wahl recht ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich bevorstehen. Wir meinen, dass dann die Zeit gekommen ist, Frankreich vor die Frage zu stellen, was es sich eigentlich unter Locarno denkt, nachdem es bis heute Deutschland vergeblich auf die zwingenden Schlussfolgerungen und Ergebnisse hat warten lassen.

Die Abrüstungskonferenz in Genf
hat so deutlich wie nur möglich klar gezeigt, dass die andere Seite auch nicht die geringste Neigung hat, das Abrüstungsversprechen zu verwirklichen. Ist doch diesmal sogar zum ersten Male von französischer Seite die Räumung Deutschlands auf allgemeine Abrüstung glatt verneint worden. Bisher war es dem Völkerbund nicht möglich, namentlich in wichtigen Fragen, bedeutende Mitglieder zu überstimmen. Diesmal ist Deutschland in der entscheidenden Frage der Abrüstung niedergekommen mit worden. So geht es nicht weiter. Die Stunde ist da, in der das dem Völkerbund und den anderen Verhandlungsgegnern mit allem Nachdruck gesagt werden muss:

Die Haltung, die Graf Bestorp als Vertreter

Deutschlands diesmal eingenommen hat, billigen wir.

Deutschland braucht dringend im Sommer für die voraussichtlich sehr wichtige und kritische Völkerbundstagung eine aktionsfähige Regierung. Auch aus diesem Grunde muss man es bedauern, dass die Koalition vorzeitig gelöst ist. Die Erfahrungen der letzten Monate der deutschen Außenpolitik sind eine Mahnung, endlich Illusionen und Selbsttäuschungen aufzugeben.

Wir sehen es als unsere auch außenpolitische Pflicht an, alles zu tun, damit aus dem Wahlkampf eine Regierung hervorgeht, die durch die Verbindung der Mitte mit uns in ihrem Bestand und ihrer Arbeitsfähigkeit gesichert und entschlossen ist, aus der neuen und ernsten Lage fest und würdig die gegebenen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die innere Politik

nicht besser aus. Die rechtzeitige Erledigung des Staats und die Herstellung ihres Gleichgewichts gehört nicht zu den Errungenen, die seit 1918 üblich geworden sind. Für die Kleinrentner haben nicht die Linksparteien, sondern wir Taten statt Worte gehabt. Wenn man dem „Reichsbürgerblock“ wegen sozialpolitischer Rückständigkeit vorwürflich schwärzen darf verabfolgt, so zeigt der Rückblick ganz besonders starke sozialpolitische Leistungen dieser Regierung. Wer ist es gewesen, der die Kriegsabgeldliquidierung zum Abschluss bringt, der die Besoldungsreform unter nicht unwesentlichen Aufbesserungen der Bezüge auf neue Grundlage stellen konnte?

Kennzeichnend für die Regierungen, an denen wir bestellt waren, ist, dass sie, und nur sie, sich zum Christentum als der Grundlage der deutschen Kultur in Woyen und Taten bekannt haben.

Wir treten vor das Volk mit dem Bewusstsein, im Schulgesetz das Unrike getan zu haben, und wir können uns nicht dem Eindruck verschließen, dass die sachlichen Gegenseite nicht unübertragbar waren, und das neben den in der Sachen liegenden Schwierigkeiten auch koalitions- und partei-politische Rücksichten zum Scheitern des Entwurfs beigetragen haben.

In der Wahlbewegung wird und soll nach unserer Auffassung die Reformbedürftigkeit der Weimarer Verfassung eine hervorragende Rolle spielen. Zum ersten Male seit 1928 ist die Reformbedürftigkeit der Verfassung in der vom Kanzler Hartig geleiteten Ministerkonferenz vom Januar d. J. amtlich anerkannt worden, die einstimmig und unter Beteiligung auch der linksgerichteten Regierungen die Notwendigkeit der Reform an die Spalte ihrer Resolution stellte und Ausschüsse für die weitere Reformarbeit einsetzte.

Bridgeman über Englands Flottenpolitik.

England will das Kräfteverhältnis nicht stören

London, 29. März. Der Erste Lord der Admirалität Bridgeman sprach gestern auf einem Bankett der Vereinigung der Marinearchitekten in London über die britische Flottenpolitik nach der Genfer Flottenkonferenz aus. Zu den letzten britischen Vorschlägen für die Herausbildung der Größe der Schlachtkräfte und des Geschützkalibers, sowie die Verlängerung der Lebensdauer dieser Schiffe, betonte Bridgeman, dass Großbritannien bereits im vorigen Jahre eine Herauslösung des Lebensalters der Schlachtkräfte vorgenommen habe. Dieser Vorschlag habe auf der Genfer Flottenkonferenz im allgemeinen eine ähnliche Aufnahme gefunden. Da seine Durchführung große Schwierigkeiten für Großbritannien ermögliche und ausgeführt werden könnte, ohne dass gegenseitige Stärkeverhältnisse gegenüber anderen Ländern zu verändern, habe die britische Regierung diesen Vorschlag auf der kurzlichen Völkerbundstagung erneut einzigen Misstrauen begegnet.

Bridgeman betonte mit allem Nachdruck, dass es weder während der Genfer Flottenkonferenz, noch jetzt die Absicht der britischen Regierung sei, die in Washington festgestellte Balance der Flottenkräfte zu stören. Er hoffe, dass noch immer ein Abkommen möglich sei, ist aber gleichzeitig der Überzeugung, dass Großbritannien durch seinen Vorschlag auf der Genfer Flottenabrüstungskonferenz nicht viel verloren hat. Die drei Mächte seien ohne Verständigung auseinandergegangen.

Die Stimmung in Japan.

London, 29. März. Die "Times" berichtet aus Tokio, dass die britischen Flottenabrüstungsvorschläge in hohen japanischen Marinetreffen günstig aufgenommen und als aufrichtig und praktisch und geeignet für die Grundlage eines Seeabrüstungskommens angesehen werden. Die Neuerungen führender Blätter weichen von dieser Ansicht nach wie vor stark ab. Die "Times" meint, die Preise seien noch unter dem Eindruck der amerikanischen Kritik an der britischen Politik in Genf.

Die "Osaka Mainichi" erklärt, dass Großbritanniens Vorschlag für Begrenzung des Geschützkalibers mehr tatsächlich als Erfahrung gründen entspringe, da er Großbritannien in die Lage versetze, seine Handelschiffe bewaffnen

zu können. Die vorgeschlagene Verlängerung des Kriegsalters der Kriegsschiffe entspringe dem Wunsch, ein Übergewicht über die Vereinigten Staaten und Japan zu erhalten, da die englischen Schiffe durchweg neu und technisch besser seien, als die japanischen und amerikanischen Einheiten gleichen Wertes.

Japanischer Flottenbesuch in China.

London, 29. März. Wie Reuter aus Tokio meldet, sind 24 japanische Kriegsschiffe, die in vier Geschwadertheile eingeteilt sind, nach verschiedenen Häfen Nord- und Südchinas ausgelaufen. Die Linienschiffe "Matsu", "Nagato" und "Kiso", die das erste Schlachtkräfteschwader bilden, fahren in Begleitung von 18 Torpedobootsjägern nach Hongkong, wo sie sich fünf Tage lang aufzuhalten werden.

Lindbergh, der liegende Freundschaftsengel

Washington, 28. März. Lindbergh hat sich bereiterklärt, einen Diskurs über den stillen Ozean nach Österreich und von dort weiter nach Europa zu unternehmen und hierbei, wie er es bereits auf seinem mittelamerikanischen Flug, eine Freundschaftsbotschaft Amerikas an die einzelnen Nationen zu überbringen.

Der Ozeanstart wieder verschoben.

Die "Bremen" startbereit auf dem Flugplatz.

Berlin, 29. März. Nach den mittags hier eingegangenen Meldungen aus London muhten die Ozeanflieger in Baldonnel auch heute früh von ihrer Abfahrt, zum Ozeanstart zu starten, wegen des schlechten Wetters Abstand nehmen. Das Abflugzeug war bereits auf die Startbahn des östlichen Flugplatzes gelöscht und für den roten 5.30 Uhr früh festgesetzten Start vollkommen fertiggemacht worden. Die unglücklichen Weitermeldungen veranlassten jedoch die Piloten, den Aufstieg abermals zu verschieben. Doch bleibt, wie eine mit den Veranstaltern des Fluges in Verbindung stehende Berliner Correspondenz meldet, die Maschine auf der Startbahn, da sofort nach Eintritt besseren Wetters der Start erfolgen soll. (W.D.B.)

durch den Kriegsminister Voroshilow, an das die deutsche Polizei verleumende Theaterstück in der Kindervorstellung im Kino Kurs. Wir wollen auch jetzt noch glauben, dass die Sowjetunion die freundlichsten Beziehungen, die sie seit Napallos mit Deutschland unterhält, nicht als Voraussetzung für die Sowjetregierung hat jetzt Gelegenheit, ihre Stellung zu Deutschland zu klären.

Selne deutschen Verteidiger für die Donez-Ingenieure.

Rowno, 29. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht der oberste Volkswohlfahrtsrat der Sowjetunion einen Beschluss, wonach das Gesetz über die Organisations außländischer Spezialisten in Kraft bleibt. Insbesondere interessiert dieser Beschluss im Zusammenhang mit den Donauverhandlungen, da er besagt, dass die Verträge mit den deutschen Spezialisten automatisch verlängert werden. Zwischen Brodowski-Mangan und Tschitscherin handelt es sich eine neue Befreiung bezüglich der deutschen Verhafteten statt. Bei dem Verhör am Dienstag verlangten die Ingenieure Otto und Meier die sofortige Zusammenkunft mit dem deutschen Konsulatvertreter in Charkow. Es wurde ihnen erwiesen, dass eine solche Zusammenkunft nicht vor dem Abschluss der Untersuchung aufzufinden kommen könnte. Bei dieser Gelegenheit wurde ihnen erklärt, dass

die Auflösung eines deutschen Verteidigers abgelehnt sei. Es steht ihnen frei, sich des amtlichen Verteidigers zu bedienen. Aus gut unterrichteter Quelle wird mitgeteilt, dass Otto am Dienstag einen Nervenschlag erlitten habe. Wenn er weiter im Gefängnis verbleibt, kann sein Gesundheitszustand erheblichen Schaden erleiden.

Wieder zwei Deutsche von polnischen Banditen überfallen.

Kattowitz, 29. März. In unmittelbarer Nähe der deutsch-polnischen Grenze im Drei-Sachen, wurde der deutsche Vorsitzende des Verbandes deutscher Katholiken, Schmidts, auf dem Heimweg am Dienstagabend von drei Banditen überfallen und durch Messerstiche und Schläge so schwer verletzt, dass er ins Krankenhaus übergebracht werden musste. Die Verleger sind so schwer, dass die Erhaltung der Schafft gefährdet ist.

Am gleichen Abend wurde an demselben Ort der Lehrer a. D. Pluta, der Leiter der Gemeinschaft des Verbandes deutscher Katholiken, überfallen, dem man einen schweren Plasterstein an den Kopf warf. Auf die Polizei ergaben die Banditen die Flucht. Die den Überfallen Lehrer begleitende Ehefrau starb bei der Flucht hin und erlitt gleichfalls Verletzungen. Die Polizei konnte die Banditen bisher nicht ermitteln.

Die Polenhehe gegen Galonder.

Kattowitz, 29. März. Der seit Wochen von der polnischen Presse gegen den Präsidenten der Gemischt-Kommission, Galonder, betriebenen Hetze hat sich jetzt auch der Westmarkenverein angenommen. Dieser Verein hat in Tarnowice eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in der große Gedanken gegen Galonder gehalten wurden. U. a. wurde wiederum die Lüge aufgezeigt, dass der Präsident Galonder ein gebürtiger Schweizer und ein von den Deutschen bezahlter Agent sei. Weiter wurde in der Versammlung beschlossen, die Abberufung Galonders vom Völkerbund zu fordern. Der Westmarkenverein beabsichtigt, auch in anderen Orten derartige Versammlungen abzuhalten, um Galonders Stellung nach und nach zu erschüttern.

Stürmische Szenen im Prager Senat.

Prag, 29. März. Der seit Wochen von der polnischen Presse gegen den Präsidenten der Gemischt-Kommission, Galonder, betriebenen Hetze hat sich jetzt auch der Westmarkenverein angenommen. Dieser Verein hat in Tarnowice eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in der große Gedanken gegen Galonder gehalten wurden. U. a. wurde wiederum die Lüge aufgezeigt, dass der Präsident Galonder ein gebürtiger Schweizer und ein von den Deutschen bezahlter Agent sei. Weiter wurde in der Versammlung beschlossen, die Abberufung Galonders vom Völkerbund zu fordern. Der Westmarkenverein beabsichtigt, auch in anderen Orten derartige Versammlungen abzuhalten, um Galonders Stellung nach und nach zu erschüttern.

Die Senatsbildung in Bremen.

Bremen, 29. März. Bei der Abstimmung über die Wohnungsgesetze kam es gestern im Prager Senat zu

Wärmeszene. Der deutsche Sozialdemokrat Löw rief den Regierungsparteien zu, die Laienpfähle seien bereit, an denen sie hängen würden. Die Kommunisten und deutsche Sozialisten versuchten, das Präsidium zu stürmen. Die Abstimmung über die Gesetze ging im Raum unter. Es wurden 27 Abänderungsverschläge der Opposition durchweg abgelehnt und die Gesetze schließlich angenommen.

Buchdruckerstreik in München beschlossen.

München, 29. März. Die Gewerkschaft des Münchner Buchdruckes hält gestern spät abends eine Versammlung ab, in der der Protest gegen die Verbündetkeitsklärung des für das gesamte deutsche Buchdruckergewerbe am 9. März erlangten Schiedsspruchs aufrechterhalten und dementiprägend mit großer Mehrheit der Eintritt in den Streik am Freitagmittwoch beschlossen wird. Die Streikleitung ist bereits zusammengetreten. (W.T.B.)

Streikbeschluss der Königsberger Buchdrucker.

Königsberg, 29. März. Die Königsberger Buchdrucker haben gestern in zwei Versammlungen nahezu einstimmig beschlossen, an der Forderung auf 10 Mark Taglohn in der Spive zu bestehen. In den Betrieben, die die Bewilligung abgelehnt, soll am Sonnabend die Arbeit eingestellt werden. Es wurde ein Streikkomitee gewählt.

Keine Streikgefahr in Berlin.

Berlin, 29. März. Obwohl die Bezirksversammlungen der Berliner Buchdrucker sich am Montag geschlossen für Aufrechterhaltung der Räumungen und Eintritt in den Streik entschieden hatten, gelang es in der gestrigen Generalversammlung der Berliner Bezirksleitung des Vereins der Buchdrucker und Schriftsteller, die Mitgliedschaft zu verlassen, die Räumungen zurückzuziehen und damit den Buchdruckerstreik für Berlin zu vermeiden. (W.T.B.)

Schwerer Zugzusammenstoß.

Die Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Am Donnerstagvormittag 4.30 Uhr fuhr im Bahnhof Oppertshausen an der Straße Offenbach-Dieburg infolge falscher Weichenstellung der von Offenbach kommende Personenzug Nr. 3600 auf den im Bahnhof Oppertshausen stehenden Personenzug Nr. 3605, der von Dieburg nach Offenbach fährt, auf. Es wurden 21 Personen verletzt, darunter drei schwer; unter den schwerverletzten befindet sich ein Promotiführer. Die schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht, die leichtverletzten konnten ihren Weg fortsetzen. Ein Personenzug entgleiste. Der Verkehr wird durch Umstieg auf rechte Bahn aufrechterhalten. Alles Nähere muss die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

Schwere Typhusepidemie in Budapest.

In drei Budapester Vororten sind in den letzten Tagen nach dem Genuss von Trinkwasser schwere Typhuserkrankungen festgestellt worden. Das Trinkwasser war, wie die Untersuchung ergab, durch die Abwasser einer Fabrik verunreinigt. Bis heute sind 25.000 Typhuskranken gemeldet. Der Zustand zahlreicher Erkrankter ist sehr ernst.